

Beschluss Damit "die da oben" nicht abheben

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Parteien und Politiker*innen spielen eine wichtige Rolle in unser
2 parlamentarischen Demokratie. Viele Politiker*innen leisten eine deutlich-mehr-
3 als-40-Stunden-Woche und führen ihr Amt mit hohem Engagement aus. Dafür sollen
4 sie auch angemessen entlohnt werden. Gleichzeitig muss die Entschädigung der
5 Abgeordneten einen Bezug zur Realität der durchschnittlichen Bevölkerung haben
6 und müssen Regelungen für eine hohe Glaubwürdigkeit der Politik geschaffen
7 werden.

8 Parteispenden

9 Deshalb fordert die Grüne Jugend Berlin, dass Parteien wie bisher für ihre
10 vielfältigen Ausgaben staatlich gefördert werden sollen. Um die Glaubwürdigkeit
11 und den Wettbewerb der Parteien zu verbessern, sollen Unternehmensspenden an
12 Parteien verboten werden, dies gilt auch für indirekte Spenden wie das
13 'Sponsoring' von Parteitagen. Dabei muss sichergestellt werden, dass Unternehmen
14 nicht weiterhin Geld via Mittelspersonen an Parteien zukommen lassen. Hierfür
15 sollen Spenden natürlichen Personen auf das zehnfache ihres Monatseinkommens und
16 maximal 50.000 Euro pro Person und Jahr gedeckelt werden.

17 Entschädigung der Abgeordneten

18 Die Höhe der Abgeordnetendiäten soll zukünftig an das Medianeinkommen gekoppelt
19 werden. Konkret sollen Landespolitiker*innen das doppelte des Medianeinkommen
20 des jeweiligen Bundeslandes, Mitglieder des Bundestages das dreifache des
21 bundesweiten Medianeinkommens erhalten. So wird der großen Verantwortung und dem
22 hohen Arbeitsaufwand Rechnung getragen, aber gleichzeitig ein klarer Bezug zu
23 durchschnittlichen Einkommen hergestellt. Steuerfreie Spesen sollen auf ein
24 notwendiges Minimum begrenzt und in ein vernünftiges Verhältnis von Transparenz
25 und Praktikabilität gebracht werden. Und nicht zuletzt sollen Abgeordnete in das
26 gesetzliche Sozialversicherungssystem einzahlen. Bis zur Umsetzung
27 entsprechender Reformen fordern wir die Abgeordneten von Bündnis90/ Die Grünen
28 dazu auf, die Differenz zwischen der obigen Forderung und der tatsächlichen
29 Diätenhöhe zum Beispiel in die jeweiligen Haushalte, in zivilgesellschaftliche
30 Projekte oder an Bündnis90/ Die Grünen zu spenden.

31 Entschädigung der Bezirksverordneten

32 Auch die Entschädigungen der Bezirksverordneten müssen kritisch betrachtet
33 werden. Die Grüne Jugend Berlin fordert, dass die Entschädigung zukünftig nur
34 noch 10% (aktuell: 15%) der AGH-Diäten zuzüglich der Sitzungsgelder betragen
35 soll. Erhöhte Entschädigung durch herausgehobene Tätigkeiten (Vorsteher*in,
36 Fraktionsvorsitzende) sollen zukünftig maximal das 2-fache der
37 Grundentschädigung betragen. Die dadurch frei werdenden Mittel sollen in den
38 Bezirken verbleiben. Wir wissen, dass Mandatsabgaben von Bezirksverordneten ein
39 zentrales Finanzierungsinstrument der Kreisverbände sind. Im Zuge einer

40 tatsächlichen Absenkung der Entschädigung müssen deshalb auch innerparteilich
41 für eine andersgelagerte Finanzierung Lösungen gefunden werden.

42 Nebeneinkünfte von Abgeordneten

43 Die Grüne Jugend Berlin fordert ein grundsätzliches Verbot aller nicht-
44 mandatsbedingten Nebeneinkünfte für Abgeordnete. Alle Parlamente auf Landesebene
45 oder höher sind Vollzeitparlamente. Ein Nebenjob ist zeitlich nicht umsetzbar,
46 wenn das Mandat Ernst genommen wird und erweckt Zweifel an der Integrität.

47 Amts- und Mandatstrennung

48 Die Grüne Jugend Berlin fordert eine konsequente Trennung von Amt und Mandat,
49 auch in Bezug auf Parteiämter.. Abgeordnete dürfen aus kapazitären und
50 demokratiethoretischen Gründen nicht gleichzeitig Teil der Exekutive und der
51 Legislative sein. Bündnis 90/ Die Grünen sollte für Mitglieder in
52 Regierungsverantwortung Unterstützungsangebote zur Wahrnehmung ihrer
53 Parteitätigkeiten bereitstellen.